



### Presseschau vom 21.03.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### Abends / nachts:

*Dan-news.info*: „Um 20:45 Uhr haben die ukrainischen Streitkräfte das Feuer mit Granatwerfern, Schusswaffen und großkalibrigen Schusswaffen in Richtung **Jasinowataja** eröffnet“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit. Nach seinen Angaben hat der Gegner allein mit Granatwerfern mehr als 30 Schüsse abgefeuert. Informationen über Verletzte und Zerstörungen liegen noch nicht vor.

#### Vormittags:

*mil-lnr.info*: In den letzten 24 Stunden wurde **kein Beschuss** von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt. Das Regime der Feueereinstellung wird eingehalten.

*armiyadnr.su*: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **einmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**, dabei hat der Gegner das Gebiet von Jasinowataja mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

*de.sputniknews.com*: 80.000 Zivilisten aus Ost-Ghuta evakuiert – Russland eröffnet dritten Fluchtkorridor.

Seit der Einführung von humanitären Feuerpausen in Ost-Ghuta haben 80.414 Menschen den umkämpften Damaskus-Vorort verlassen. Das teilte der Chef des russischen Versöhnungszentrums für Syrien, Juri Jewtuschenko, am Mittwoch mit.

Russland habe ihm zufolge nun auch einen dritten Korridor eröffnet, durch den Zivilisten fliehen können. Die Menschenflut durch den zweiten Korridor gehe inzwischen zurück, weil die meisten Zivilisten bereits die von Terroristen kontrollierten Territorien verlassen haben. Jewtuschenko wies jedoch auch darauf hin, dass die Terroristen am heutigen Mittwoch den Korridor unter Beschuss genommen haben, so dass nur 128 Menschen aus dem Kampfgebiet entweichen konnten.

Wie der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu zuvor mitgeteilt hatte, sind 65 Prozent des Territoriums von Ost-Ghuta von Terroristen befreit.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31988/43/319884369.jpg>

de.sputniknews.com: Lawrow überzeugt: London nimmt Kurs auf Abbruch der Beziehungen zu Russland.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow ist der Meinung, dass Großbritannien einen Abbruch der Beziehungen zu Russland anstrebt. Er hat sich nach Verhandlungen mit seinem japanischen Amtskollegen Taro Kono zu diesem Thema geäußert.

„Es besteht kein Zweifel daran, dass die jetzige britische Führung wissentlich Kurs auf den Abbruch der russisch-britischen Beziehungen genommen hat. Und wenn dieser Kurs in Form von neuen konkreten Russland-feindlichen Handlungen fortgesetzt werden sollte, so gibt es das Gegenseitigkeitsprinzip, das von niemandem aufgehoben wurde“, so Lawrow.

Die Beziehungen zwischen Russland und Großbritannien haben sich nach dem Nervengift-Anschlag auf den ehemaligen russischen Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter Julia drastisch verschlechtert. Die beiden waren am 4. März bewusstlos im englischen Salisbury südwestlich von London gefunden und in ein Krankenhaus eingeliefert worden. London beschuldigt russische Behörden des Mordversuchs. Die britische Regierungschefin Theresa May kündigte in diesem Zusammenhang etliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Russland an, darunter die Ausweisung von 23 russischen Diplomaten und das Einfrieren aller bilateralen Kontakte auf hoher Ebene.

Moskau wies den Vorwurf kategorisch zurück. Das russische Außenministerium kündigte am Samstag Antwortmaßnahmen gegen Großbritannien an. Demnach wurden 23 Mitarbeiter der Botschaft Großbritanniens in Moskau für unerwünscht erklärt und sollen nun das Land innerhalb einer Woche verlassen. Aufgrund einer Disparität hinsichtlich der Zahl konsularischer Einrichtungen in den beiden Ländern hat Russland seine Genehmigung für die Einrichtung eines Generalkonsulats Großbritanniens in St. Petersburg zurückgezogen.

Außerdem wurde beschlossen, die Tätigkeit des Britischen Rates in Russland „wegen dessen ungeregeltem Status“ einzustellen.

[Facebook-Seite der Vertretung der DVR im GZKK: Die Vertretung der DVR im](#)

Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 1.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Jasinowataja**

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 35. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 46

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand am 5. März 2018 um 01:00 Uhr (Moskauer Zeit) in Kraft trat.

de.sputniknews.com: **„Zynisch und perfide“: Moskau deckt Wahleinmischung westlicher Medien auf.**

Was Medien im Westen von russischen Wählern halten, haben sie in ihren Artikeln über die jüngste Abstimmung in Russland gezeigt: Sie sprechen den Russen die Fähigkeit ab, sich mit klarem Blick und eigenständig zu entscheiden. Zu dieser Einschätzung kommt das russische Außenministerium mit Verweis auf Berichte westlicher Zeitungen und TV-Sender.

„Fünf Strategien von Protestverhalten bei russischen Präsidentschaftswahlen“, titelt die russischsprachige Redaktion der „Deutschen Welle“ am 12. März, sechs Tage vor dem Wahlsonntag.

Ein Artikel, der als „eine besonders zynische und perfide Form der Einmischung in die russische Wahlsphäre“ hervorsteche, kritisiert das russische Außenministerium auf Facebook. Der deutsche Sender habe damit „seine klare Geringschätzung gegenüber dem russischen Gesetz“ demonstriert.

„Wir halten derartige Veröffentlichungen für einen eklatanten Verstoß gegen die journalistische Ethik und den Grundsatz der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates“, so das Außenamt.

Diese „Empfehlung“ zum Protest ist mitnichten ein Einzelfall: „Die propagandistischen Strukturen des Westens“ hätten sich richtig ins Zeug gelegt, „um das Vertrauen in unsere Abstimmung zu untergraben“, schreibt das russische Außenministerium. Dabei hätten die „propagandistischen Strukturen des Westens“ gekonnt mit Fakten jongliert, die unsinnigsten Theorien in den russischen sozialen Netzwerken herausgefischt und diese für die Wahrheit ausgegeben.

Die dänische Zeitung „Politiken“ etwa schreibt laut dem Außenamt am 15. März, Russen würden bedroht und in die Wahllokale gelockt. Die Wahlbeteiligung werde mit neuesten Technologien, von mobilen Apps bis sozialen Netzen, und auf allen Ebenen, von Firmen über Hochschulen bis Kulturzentren, kontrolliert.

Dies ist nur ein Beispiel für „die systematische Geringschätzung der russischen Demokratie und des russischen Wählers, dem dadurch die Fähigkeit aberkannt wird, eigenständige Entscheidungen und eine bewusste Wahl zu treffen“, schreibt das Außenministerium weiter. Außerdem hätten die westlichen Medien „sich das Recht angeeignet, über die Rechtmäßigkeit bestimmter oppositioneller Präsidentschaftskandidaten zu urteilen“.

Die Bild-Zeitung schreibt am 16. März, man könne Wladimir Putin „schon heute gratulieren“, denn es sei „im Russland von Wladimir Putin“ undenkbar, dass Wahlen seien und der Sieger nicht feststehe.

Das französische Portal „Atlantico“ fragt angesichts der Wiederwahl von Wladimir Putin: „Sind die Russen Masochisten oder verstehen wir etwas falsch?“ Unter dieser Überschrift finden Leser ein Interview mit dem Russland-Experten Cyrille Bret, der zu wissen glaubt,

dass es bei den Präsidentschaftswahlen in Russland weniger ums Ergebnis gehe, als vielmehr um die Fähigkeit der Regionalregierungen, „die Wahlbeteiligung sicherzustellen“.

Für die Wahlbeteiligung in Russland interessiert sich auch die russischsprachige Redaktion von „BBC“: Warum nur wollen so viele Russen früh am Wahltag ihre Stimme abgeben? So wundert sich die Redaktion über den hohen Anteil jener, die bereits am frühen Morgen abgestimmt haben. Dies könne nur die Folge „einer Mobilisierung durch Behörden“ sein, sagt dann auch ein von „BBC“ befragter Politologe.

Das russische Außenamt verweist auch auf die US-Zeitschrift „Nation“. Diese schreibt am 14. März, die Innenpolitik hätten in Russland alle – vom Präsidenten bis zum Wähler – satt. Zu dieser angeblichen Innenpolitikverdrossenheit merkt das russische Außenministerium an: Die russische Wahlkommission gibt nach Auszählung von 99,84 Prozent der Stimmen bekannt, dass am 18. März 73,37 Millionen Menschen ihre Stimme abgegeben haben, 400.000 von ihnen im Ausland. Die Wahlbeteiligung betrug 67,47 Prozent.

Das russische Außenministerium verweist ferner auf den britischen „Guardian“. Diese Zeitung hat den russischen Präsidenten Wladimir Putin als eine scharlachrote Spinne mit einem roten Stern auf der Stirn karikiert, die dabei ist, sich die Welt einzuverleiben. Die Karikatur sei wohl durch alte Anleitungen inspiriert, „die die britischen Geheimdienste aus dem Dritten Reich mitgenommen haben“, schreibt das russische Außenministerium. Zu sehr erinnere das Bild an ein Nazi-Plakat von 1936.

Ins gleiche Horn bläst die US-finanzierte Rundfunkanstalt „Radio Free Europe“, die auch in russischer Sprache sendet. In einem Artikel behauptet der Sender, dass bei der Wahl in Russland zehn Millionen Pro-Putin-Stimmen illegal eingeworfen worden seien. Dies zeige eine Statistik.

Das russische Außenministerium empfiehlt dem Sender, diesbezüglich eine Beschwerde an die Zentrale Wahlkommission zu richten, sofern es denn Beweise für die Behauptung gebe. Anderenfalls seien solche „Erkenntnisse“ schlicht Propaganda. Dieser und ähnliche Berichte würden nur dazu dienen, „in der russischen Öffentlichkeit ein Gefühl von Ungerechtigkeit jener Wahl zu erwecken, die unser Volk getroffen hat“.

Dazu passt auch ein weiterer Verweis des russischen Außenministeriums auf die „Deutsche Welle“: Im Jahr 2017 habe die Bundesregierung 325 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt für die Finanzierung dieses Senders bewilligt, erinnert das russische Außenamt: „Es ziehe hieraus jeder seine eigenen Schlüsse.“

Dan-news.info: „Die ukrainischen Streitkräfte haben um 11:00 Uhr das Feuer aus Richtung Peski auf **Shabitschewo** eröffnet“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

Es wurden 12 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm und 29 Granaten mit automatischen Granatwerfern abgefeuert. Informationen über Verletzte und Zerstörungen liegen noch nicht vor.

Ukrinform.ua: Arjew: Generalsekretär des Europarates hat Putin gratuliert, ohne illegale „Wahl“ auf der Krim zu erwähnen.

Der Generalsekretär des Europarates, Thorbjørn Jagland, habe Putin zur nächsten Amtszeit gratuliert, ohne die illegalen „Wahlen“ auf der besetzten Krim zu erwähnen, schrieb in seinem Twitter-Account der Vize-Präsident von PACE, Leiter der ukrainischen Delegation, Wolodymyr Arjew.

„Der Generalsekretär des Europarates Thorbjørn Jagland hat Putin gratuliert, ohne ein einziges Wort von den illegalen „Wahlen“ auf der annektierten Krim zu erwähnen. Es ist eine Schande für die Führung eines Organs, das dazu berufen ist, die Einhaltung der Menschenrechte und des Oberhoheitsrechts zu beobachten. Gesamtkrise der Werte im Europarat“, schrieb Arjew.

Er veröffentlichte auf Twitter ein Foto des Briefes, der von Jagland an Putin adressiert ist. In dem Schreiben bekundet der Generalsekretär des Europarates die Hoffnung darauf, dass ein neues Präsidentenmandat zu „einer Periode des Friedens und des Wohlstands des russischen Volkes wird“.

### **Nachmittags:**

de.sputniknews.com: „Putin-Generation“ gibt Westen den Gnadenschuss.

*Iwan Danilow*

In US-amerikanischen, australischen und britischen Zeitungen, wie Wall Street Journal, The Australian und The Daily Telegraph, wurden fast gleichzeitig Artikel mit gleichen Überschriften veröffentlicht – „Russlands neue Generation wählt nicht iPhones, sondern Putin. Diese Generation ist schrecklich, auf sie sollte man kaum große Hoffnungen setzen.“ Da verschiedene Redaktionen anscheinend denselben Auftrag bekommen haben, sollten das ursprünglich Artikel darüber sein, wie „Putinager (Wortsymbiose aus Putin und Teenager) Putin den Rücken kehren“. Doch bei der Analyse der neuen Generation der russischen Wähler lief etwas nicht nach Plan.

Die „Putinager“ sind den westlichen Forschern, außer einigen prowestlichen Marginalen, ein Dorn im Auge. Es besteht der Verdacht, dass es zwischen dem Vertrautmachen der westlichen Partner mit jungen Russen und der Tatsache, wie sich ihre Herangehensweise an die antirussische Informationspolitik ändert, einen bestimmten Zusammenhang gibt.

Zuvor bemühten sich unsere Opponenten in den meisten Fällen, sich an ein klassisches Prinzip der US-Propaganda aus der Zeit des Kalten Krieges zu halten. Demnach sollte man immer das Volk und seine Führung gegenüberstellen, wobei die Rechtlosigkeit des Volkes hervorgehoben wird, das die Befreiung von den grausamen sowjetischen und anschließend auch russischen Anführern anstrebt. Doch jetzt ist eine Art Rückkehr zu früheren primitiven Formen der Propaganda zu erkennen, und die Russen werden oft alle zusammen dämonisiert, ohne jene, die führen, und jene, die für sie stimmen, zu trennen.

Früher rechneten sie wohl damit, dass man die junge Generation, die mit zweifelhaften Informations-Diäten aus Einträgen in den sozialen Netzwerken, Hollywood-Filmen und Videos auf YouTube aufgewachsen ist, gegen die politische Führung des Landes aufhetzen und sie zur Zerstörung der russischen Staatlichkeit bewegen kann.

Diese Hoffnungen wurden aktiv von der „Expertengemeinschaft“ gefördert, die aus so genannten politischen Auswanderern wie Mascha Hessen und Jewgeni Tschitschwarin besteht, sowie zahlreichen antistaatlichen Aktivisten in Russland selbst. Die Hoffnungen, dass die junge Generation den Maidan-Weg gehen und die „Heimat gegen das Gefühl, Europäer zu sein, tauschen wird“, waren in einem gewissen Sinne gerechtfertigt. In vielen Ländern, von Ägypten bis zur Ukraine, war gerade die Jugend ein Antrieb der destruktiven politischen Prozesse, die aktiv von außen gefördert wurden.

Im Fall von Russland gab es einen katastrophalen und auffallenden Bruch dieses Schemas. Wie das „Wall Street Journal“ berichtet, sind die Umfragewerte Putins nach Angaben des Meinungsforschungsinstituts Lewada-Zentrum gerade unter Menschen von 18 bis 24 Jahren am höchsten (86 Prozent), was amerikanische Schemata bricht, wie „junge Russen sein sollen, die in der Internet-Epoche aufgewachsen sind“. US-Journalisten machten mehrere Interviews mit jungen Russen, und diese betonten, dass sie die Möglichkeiten hoch schätzen, die sie jetzt haben und die es bei ihren Eltern nicht gab. Zudem verhalten sie sich sehr skeptisch zu Revolutionen und bevorzugen stattdessen positive Änderungen.

„Die Popularität Putins ist unumstritten, besonders unter jungen Menschen“, berichtet „The Australian“. „Die russische Putin-Generation ist aktiver als ihre Eltern und ist mehr Pro-Kreml gestimmt als ihre Eltern“, schreibt „The Daily Telegraph“.

Unsere westlichen Partner begreifen allmählich, dass Putin kein historischer Zufall, sondern

eine historische Gesetzmäßigkeit ist. Und alles, was ihnen an Putin nicht gefällt, betrifft nicht nur ihn als Politiker, sondern auch die Russen im Ganzen. Westliche Experten nahmen Putin lange als Verkörperung eines Ressentiments der Generation wahr, die den Zerfall der Sowjetunion nicht vergessen kann. Doch jetzt wird klar, dass Putin Werte und Ideale ausdrückt, die von Russen aller Altersgruppen geteilt werden. Viele im Westen hofften, dass die Wiedergeburt Russlands in der internationalen Arena ein Phänomen ist, das vorübergeht. Jetzt stellt sich heraus, dass man nicht auf eine Entwicklung wie „Land gegen Jeans“ warten darf. Das verursacht offene Verbitterung.

Das traditionelle Streben der westlichen Politiker und Medien, Putin zu dämonisieren, wird allmählich von der Bereitschaft ergänzt, alle Russen im Ganzen anzuprangern. Eines der letzten Beispiele: Der Vorsitzende der mitregierenden niederländischen Partei „Democraten 66“, Alexander Pechtold, beschloss, die Lüge des skandalösen Ministers Halbe Zijlstra zu rechtfertigen. Letzterer gab zu, dass er seit vielen Jahren über ein Treffen mit Wladimir Putin sowie darüber gelogen hat, dass er von den Plänen Putins in Bezug auf das Baltikum persönlich gehört hat. „Ich habe noch keinen Russen getroffen, der selbst seine Fehler korrigieren würde“, sagte Pechtold. Der niederländische Politiker hätte sich kaum gewagt, so etwas gegenüber einer anderen ethnischen Gruppe zu sagen. Diese traurige Tendenz ist leider zu auffallend, um ignoriert zu werden.

Es scheint nur auf den ersten Blick, dass das Umschalten der Propaganda-Maschine auf eine totale Anprangerung aller Russen eine irrationale Herangehensweise ist. Eine solche Strategie hat aber auch ihre Vorteile. Von „Russen im Ganzen“ und „tausend Jahre alten imperialen Ambitionen Russlands“ zu sprechen, ist viel bequemer und effektiver, als sich ausschließlich auf Putin zu konzentrieren.

Zudem haben unsere Opponenten die Chance, den Finger in eine einzigartige Wunde unserer Zivilisation zu legen, nämlich unserem Wunsch, gut zu sein. Die Sowjetunion zerfiel nicht nur wegen des Verrats der Elite und wegen des Tausches des Landes gegen 300 Wurstsorten und ökonomischer Schwierigkeiten, sondern auch, weil ein Teil der Gesellschaft daran glaubte, dass wir zusammen „gut“ in den Augen der zivilisierten Welt sein können.

Es ist gut möglich, dass unserer Jugend gerade zur Wiederholung dieses für den Westen begehrten Szenarios ständig vorgeschlagen wird, alles zu bereuen – groß und klein, real und erfunden. Den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg, die Vergiftung von Sergej Skripal, das Doping-Programm Rodtschenkows und das Verhalten Putins, Gazprom und die tausend Jahre alten imperialen Ambitionen Russlands, alle historischen Beleidigungen der Baltikum-Staaten u.s.w. Deswegen müssen wir unseren jungen Russen erklären, dass mit uns, den Russen, alles in Ordnung ist, wir schulden niemandem nichts. Jenen, die uns nationale Schuldgefühle beibringen wollen, sollte man empfehlen, in den Spiegel zu sehen und dort die Millionen toten Staatsbürger Libyens und Iraks, die Asche von Odessa zu sehen. Die neue Generation sollte einen Reflex haben – wenn der Westen versucht, die jungen Russen zu beschämen, heißt das, dass der Westen in der Tat auf ihre Geldtasche zielt.

Laut dem Porträt der neuen Generation, das die westlichen Medien malen, ist das zukünftige Russland in den sicheren Händen von aktiven, patriotischen, rationellen jungen Russen. Leider sind unsere geopolitischen Opponenten nicht bereit, das Russland der Zukunft in Ruhe zu lassen. Das heißt, dass sich die heutige Jugend Wege, Methoden und Technologien ausdenken muss, die für ihren eigenen Schutz, den ihrer Angehörigen, Städte und Dörfer notwendig sind. Sie müssen unter Bedingungen eines harten globalen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und militärischen Wettbewerbs die Oberhand gewinnen. Sie müssen neue Waffen, neue Ideologien und neue Finanzinstrumente entdecken. Die neue Generation der Russen wird eine zwar schwierige, jedoch eine unglaublich interessante Biografie haben. Man sollte unseren jungen Russen vertrauen. Sie werden das meistern.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32000/77/320007765.jpg>

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

Trotz des geltenden Regimes der Feuereinstellung haben die ukrainischen Kämpfer weiterhin den Waffenstillstand verletzt und das Leben und die Gesundheit der Bürger unserer Republik in Gefahr gebracht.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer einmal das Regime der Feuereinstellung verletzt, dabei hat der Gegner das Gebiet von **Jasinowataja** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Wir haben Informationen über einen weiteren Fall eines Konflikts zwischen bewaffneten Formationen der ukrainischen Streitkräfte und Banden des „Rechten Sektors“ erhalten.

Am 18. März fand im Gebiet von Peski ein Gefecht zwischen Kämpfern des 34. Bataillons der 57. Panzergrenadierbrigade und Mitgliedern des „Rechten Sektors“ statt. Und das war nicht nur einfach ein Schusswechsel, sondern wirklich ein Kampf unter Verwendung von Hand- und automatischen Granatwerfern und großkalibrigen Waffen.

In Folge dieser Auseinandersetzungen wurden vier ukrainische „Soldaten“ und drei Nazisten verletzt. Außerdem hatten die Kämpfer des „Rechten Sektors“ Verluste von zwei Toten.

Ich möchte anmerken, dass in all diesen Tagen der Stab der sogenannten „ATO“ versuchte, diesen Fall zu verheimlichen, seit dem Zeitpunkt dieses Vorfalls nur von vier Verletzten spricht und die Verluste in seinen Erklärungen auf mehrere Tage „verteilt“ hat. Damit die höhere Führung den Kommandeuren, die einen für das Image der ukrainischen Streitkräfte so schmachvollen Vorfall zu gelassen haben, nicht die Schulterstücke herunterreißt.

Bemerkenswert ist auch, dass die Verluste der Nazisten überhaupt nirgends eine offizielle Bestätigung gefunden haben. Dabei werden in der Ukraine Todesfälle selbst von Wachhunden veröffentlicht. Das Leben von Mitgliedern des „Rechten Sektors“ wird in diesem Fall vom ukrainischen Kommando geringer geschätzt. Darüber kann man schweigen und muss nicht trauern. Allem Anschein nach entstehen aus einem solchen abfälligen Verhalten der ukrainischen Militärführung gegenüber minderwertigen Nationalisten Konflikte und Gefechte innerhalb der Truppen.

Außerdem hat unsere Aufklärung eine **Bestätigung für die von Seiten der ukrainischen Besatzer an der gesamten Kontaktlinie geplanten Provokationen** erhalten.

Nach unseren Informationen arbeitet in der Nähe der Kontaktlinie eine **Gruppe von Militärspezialisten aus Norwegen unter dem Deckmal von Maßnahmen im Rahmen der „Wiener Dokumente über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa“**. Derzeit haben sich Journalisten und Kameralleute einiger ukrainischer Fernsehsender, die die Aufgabe haben, Materialien, die die Streitkräfte der DVR diskreditieren, zu erzeugen, angeschlossen.

Nach uns vorliegenden Informationen plant der Feind heute und in den nächsten Tagen die **Durchführung provokativer Beschüsse unseres Territoriums mit Mörsern, Panzern und sogar großkalibriger Artillerie**. Dabei werden die Schläge, die von Gruppe ukrainischer Kämpfer vorbereitet werden, nicht nur auf das Territorium der Republik erfolgen, um die Streitkräfte der DVR zu provozieren, sondern **auch auf die Positionen der eigenen Truppen**. Nach dem Beschuss sollen Filmteams ukrainischer Fernsehsender die Folgen festhalten und die Bilder auf die Fernsehschirme mit Beschuldigungen in unsere Richtung bringen. Die Durchführung einer solchen Provokation der ukrainischen Streitkräfte unter Führung ausländischer Berater bringen wir mit der Vorbereitung der öffentlichen Meinung der ukrainischen Bevölkerung auf den sich aufheizenden Beginn von aktiven Kampfhandlungen der vereinigten Kräfte in Verbindung. Wir wenden uns an die internationalen Beobachter mit der Bitte, auf die Handlungen der ukrainischen Seite einzuwirken und keinen Beschuss unseres Territoriums und auch keine Entfaltung eines weiteren Blutvergießens zuzulassen, besonders im Vorfeld der näher rückenden Osterfeiertage.

de.sputniknews.com: Giftskandal: Britischer Botschafter lehnt Einladung ins russische Außenamt ab.

Der britische Botschafter in Russland, Laurie Bristow, wird an dem heutigen Treffen der akkreditierten ausländischen Botschafter im russischen Außenministerium zur Causa Skripal nicht teilnehmen, meldete die Botschaft Großbritanniens in Moskau am Mittwoch.

"Der britische Botschafter wird am heutigen Treffen im russischen Außenministerium nicht teilnehmen. Wir erwägen die Möglichkeit einer Teilnahme auf Arbeitsebene ", teilte ein Botschaftsbeamter mit, ohne weitere Angaben zu machen.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat die Entscheidung des britischen Botschafters bereits kommentiert: Ihm zufolge zeugt dies von der Unwilligkeit der britischen Seite, Antworten auf ihre eigenen Fragen zu bekommen.

"Ich kann nicht umhin zu sagen, dass dies wahrscheinlich ein weiterer eloquenter Ausdruck einer absurden Situation ist, wenn Fragen gestellt werden und die Unwilligkeit demonstriert wird, zumindest einige Antworten zu hören", sagte Peskow gegenüber Journalisten.

Auch der deutsche Botschafter in Moskau, Rüdiger von Fritsch, kommt Medienberichten zufolge nicht zum heutigen Briefing über den Fall Skripal im russischen Außenministerium. Am Dienstag hatte die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, mitgeteilt, dass die Behörde akkreditierte ausländische Botschafter zu einer Diskussion über die Vergiftung von Sergej Skripal, Ex-Oberst des russischen Auslandsgeheimdienstes GRU, und seiner Tochter Julia am Mittwoch eingeladen habe.

Am 12. März hatte Großbritanniens Premierministerin Theresa May erklärt, dass hinter der Vergiftung des Ex-Doppelagenten Skripal in Salisbury „höchstwahrscheinlich“ Russland stecke.

Russland weist jegliche Anschuldigungen zurück. Die in London und anderen europäischen Hauptstädten erhobenen Vorwürfe hätten weder Hand noch Fuß, hieß es in Moskau.





<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32000/50/320005024.jpg>

ukrinform.ua: Regierung kündigt Wirtschaftsprogramm mit Russland.

Die Regierung der Ukraine hat das Programm der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland für 2011-2020 gekündigt.

Eine entsprechende Entscheidung wurde in einer Regierungssitzung am Mittwoch getroffen, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Die Kündigung des Programms ist ein Teil der Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der russischen Aggressionspolitik im gesamtpolitischen und insbesondere im wirtschaftlichen Kontext, teilte das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel mit. Die Handlungen der Russischen Föderation gegenüber der Ukraine in den letzten Jahren widersprechen direkt den Zielen des Programms, so die Behörde.

Das Programm wurde am 7. Juni 2011 in Moskau unterzeichnet.

de.sputniknews.com: Moskau bewertet Anschlag auf Skripal und dessen Tochter als Terrorakt gegen Russen.

Moskau bewertet den Nervengift-Anschlag auf den ehemaligen russischen GRU-Agenten und Spion Sergej Skripal und dessen Tochter Julia in Großbritannien als Terrorakt gegen russische Bürger. Das sagte am Mittwoch der Leiter der Abteilung für die Nichtverbreitung und Kontrolle von Waffen beim russischen Außenministerium, Wladimir Jermakow.

„In Großbritannien wurde gegen zwei russische Bürger ein Anschlag verübt. Stellen Sie uns alle Daten zu diesem aus unserer Sicht terroristischen Akt gegen russische Bürger zur Verfügung! Aber man gibt uns nichts“, so Jermakow. Stattdessen rede London von irgendeinem Nervengift und einem angeblichen Angriff Russlands gegen Großbritannien. Moskau sei zudem über die Aussagen britischer Politiker und Diplomaten schockiert, was den Fall Skripal angehe. Moskau schäme sich für solche Äußerungen fremd.

„Ehrlich gesagt bin ich schockiert, was man alles von sogenannten Politikern hören muss. Diese Leute sind nur schwer als Politiker zu bezeichnen“, so Jermakow weiter. „Ich schäme mich fremd für die Menschen, Briten, Diplomaten, Experten, mit denen ich über mehrere Jahrzehnte hinweg ständig in Kontakt gestanden habe.“

Zugleich betonte Jermakow, Moskau sei zu einer gemeinsamen Ermittlung mit London bereit.

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR ist **relativ ruhig**.

In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt.

Nach Informationen unserer Aufklärung sind im Gebiet von Walujskoje etwa **100 Kämpfer des „Rechten Sektors“ zur Verstärkung der Einheiten der 80. Luftsturmgrade eingetroffen.**

Für ihre Unterbringung wurden in dem oben genannten Ort etwa **zehn private Häuser freigemacht, die Besitzer wurden auf die Straße gejagt.** Außerdem werden nach Mitteilung örtlicher Einwohner **von Autobesitzern die Fahrzeuge konfisziert**, besonders werden Geländefahrzeuge bevorzugt. In der örtlichen Polizeistation werden keine Anzeigen von Geschädigten angenommen.

Bei uns gehen weiter Informationen über den schlechten moralisch-psychischen Zustand von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in der Zone der sogenannten Operation der vereinigten Kräfte ein, was deren wahre Gestalt und den realen Zustand unterstreicht.

Am 18. März sind in Lissitschansk Soldaten der 10. Gebirgssturmgrade der ukrainischen Streitkräfte mit einem URAL-Lastwagen auf ein Auto vom Typ WAS 2115 aufgefahren. In Folge des Verkehrsunfalls wurden der Fahrer und ein Passagier des leichten Fahrzeugs verletzt – ein Mann, geb. 1972, und eine Frau, geb. 1974, sie wurden mit Armbrüchen und Gehirnerschütterungen in das örtliche Krankenhaus eingeliefert.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte weigert sich diesen Fall zu kommentieren, bei der Behandlung der Verletzten und bei der Reparatur des Fahrzeugs Hilfe zu leisten und berufen sich dabei auf die Wetterbedingungen. Die Polizei weigert sich auch bei der Lösung dieses Vorfalles zu unterstützen, was das Image der ukrainischen Armee in der Konfliktzone erheblich untergräbt, die immer mehr und mehr Abscheu bei der örtlichen Bevölkerung hervorruft.

In den Reihen der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte, die sich in der Zone der Operation der vereinigten Kräfte befinden, nehmen die nicht kampfbedingten Verluste täglich zu.

Am 19. März starben in einer der Einheiten der 54. mechanisierten Brigade zwei Soldaten. Die Tragödie geschah bei Schießübungen. Zur Untersuchung des Vorfalles sind Mitarbeiter der Militärstaatsanwaltschaft in der Einheit eingetroffen.

Dies ist eine Folge des „hohen Niveaus“ der militärischen Ausbildung nach dem Übergang der ukrainischen Armee auf NATO-Standards. Entweder sind die ukrainischen Streitkräfte nicht zur Ausbildung fähig oder die Lehrer sind nicht so professionell.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen streng ein. Wir treten für Verhandlungen und eine Lösung des Konflikts auf friedlichem Weg ein, aber im Fall einer direkten Aggression behalten wir uns das Recht auf erwidernde Maßnahmen vor.

*Frage:* Gestern hat der vor kurzem ernannte Kommandeur der Vereinigten Kräfte im Donbass Sergej Najew erklärt, dass es nicht die Absicht hat, mit den „terroristischen Organisationen LDVR“ Verhandlungen aufzunehmen. Wie können Sie das kommentieren und laufen solche Aussagen nicht den Minsker Vereinbarungen entgegen?

*Antwort:* Die Aussagen von Najew führen nicht zu einer friedlichen Regelung im Donbass, sondern verschärfen im Gegenteil nur die Lage. Während die Volksrepubliken in jeder Hinsicht eine friedliche Regelung unterstützen, zeigt die Ukraine mit all ihren Handlungen den Unwillen die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Ich erinnere daran, dass Najew zu Beginn des Krieges im Donbass zum operativen Kommando „Süd“ gehörte, das von General Chomtschak geleitet wurde. Die Ereignisse in Ilowajsk haben gezeigt, wozu Najew imstande ist – er hat seine Untergebenen im Stich gelassen und sie so zum sicheren Tod verurteilt. Später sagte er gegenüber der Militärstaatsanwaltschaft aus und versuchte alles auf den Leiter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Mushenko abzuwälzen. Er musste seine befleckte Uniform lange säubern und jetzt lechzt er nach Revanche. Alle Ereignisse, die auf dem Territorium der Ukraine geschehen – das Gesetz über die Reintegration, die Ernennung „beleidigter Generäle“, der Unwille die Kräfte und Mittel abzuziehen und vieles

andere, widerspricht den Minsker Vereinbarungen, aber die Weltgemeinschaft zieht es vor, das nicht zu bemerken...

*Frage:* In ihrem täglichen Bericht vom 19. März verweist die OSZE-Mission auf die Entdeckung von vier 152mm-Haubitzen sowie von einer 122mm-Haubitze 2S1 „Gwosdika“, die hinter den Abzugslinie standen, aber außerhalb der Lagerorte in Rubeshnoje, auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium. Wozu sammeln Ihrer Meinung nach die ukrainischen Streitkräfte Technik an und tarnen sie nicht einmal.

*Antwort:* In Rubeshnoje gibt es einen Eisenbahnknotenpunkt, den die ukrainischen Streitkräfte zur Lieferung von Waffen und Technik in die Konfliktzone nutzen. In meinen Erklärungen war diese Informationen mehrfach zu finden, aber von Seiten der internationalen Organisationen gab es keinerlei Reaktion. Jetzt sehen wir, dass dieser Fall endlich Aufmerksamkeit erregt hat, weil sich in der letzten Zeit vor dem Hintergrund relativer Ruhe die Lage verschärft. Die ukrainischen Streitkräfte ziehen Kräfte und Mittel entlang der gesamten Kontaktlinie zusammen und die verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Truppen können wieder zu Opfern unter der Zivilbevölkerung führen.

de.sputniknews.com: Kiew: Poroschenko reist zu Nato-Gipfel trotz Drohungen aus Ungarn. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko wird trotz der Drohung Ungarns, Sitzungen der Ukraine-Nato-Kommission zu vereiteln, am Nato-Gipfel im Juli teilnehmen, teilte der Leiter der ukrainischen Mission bei der Nato, Wadim Pristaiko, mit.

Das ungarische Außenministerium hatte zuvor mitgeteilt, dass Budapest die Teilnahme der Ukraine an dem für den April angesetzten Treffen der EU-Verteidigungsminister und dem im Juli geplanten Ukraine-Nato-Gipfel bei Anwesenheit von Poroschenko blockieren wolle. Die Behörde ließ verlauten, dass Ungarn die genannten Veranstaltungen nicht zulassen werde, solange die Ukraine ihr „Bildungsgesetz“ nicht aussetze. Das Gesetz beschränkt das Recht auf Bildung in Muttersprache.

„Ich denke, dass die Sitzung der Ukraine-Nato-Kommission auf Außenministerebene tatsächlich bedroht ist. Was den Gipfel anbetrifft, so wird der Präsident (Petro Poroschenko) sowieso Brüssel besuchen, weil es neben der Zusammenkunft der Ukraine-Nato-Kommission auch andere Treffen gibt, zu denen der Präsident bereits eingeladen ist“, zitiert die Agentur „Ukrainskije novosti“ Pristaiko.

Die Spannungen in den Beziehungen zwischen der Ukraine und Ungarn sind vor dem Hintergrund der Diskussionen um das ukrainische Bildungsgesetz entstanden, das für nationale Minderheiten die Bildungsmöglichkeiten in ihrer Muttersprache einschränkt. Wie die Regierungen mehrerer Länder, so von Ungarn und Rumänien, verlauten ließen, verletze das Gesetz die Rechte der nationalen Minderheiten in der Ukraine. In Moskau wird ebenfalls die Meinung vertreten, dass das besagte Gesetz gegen die Verfassung und die internationalen Verpflichtungen Kiews verstoße.

Wie der ungarische Außenminister Péter Szijjártó zuvor erklärt hatte, wolle Budapest eine Revision des Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der EU initiieren.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31987/45/319874543.jpg>

de.sputniknews.com: Causa Skripal: London setzt seine Forscher unter Druck – Ex-Diplomat  
Die britische Regierung hat laut dem ehemaligen Diplomaten Craig Murray das Wissenschaftlerteam, das das Nervengift A234 untersuchte, unter Druck gesetzt. Darüber schreibt die russische Zeitung „Iswestija“ am Mittwoch.

Murray zufolge wurden die Experten gezwungen, in ihrem Bericht anzugeben, dass die Substanz, mit der der Ex-Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter vermutlich vergiftet wurden, aus russischer Produktion stammt. Es habe dafür aber keine Beweise gegeben, schreibt die Zeitung unter Berufung auf Murrays Interview mit dem Auslandssender RT. Gerade deswegen würden britische Beamte nun die Formulierung „die Substanz einer Klasse, die in Russland entwickelt wurde“ nutzen.

„Penizillin wurde in Schottland erfunden. Das bedeutet jedoch nicht, dass das ganze Penizillin dort hergestellt wird“, betonte Murray.

Die Formel der Substanz A-234 ist dem Ex-Diplomaten zufolge sogar in einem Buch zu finden, das auf Amazon bestellt werden könne. Demnach würden viele das Nervengift herstellen können, was den Kreis der möglichen Ausfühler des Anschlags wesentlich erweitere. ...

Dan-news.info: Kommentar Sergej Koshemjakins, des Anklägers des Ukrainischen Volkstribunals zur Untersuchung von Kriegsverbrechen des Regimes Poroschenko gegen Bürger der Ukraine:

Die Initiative zur Schaffung eines ukrainischen Volkstribunals halte ich für richtig. Vielleicht hätte eine solche Initiative früher erfolgen sollen. Im übrigen wurde die Arbeit zur Sammlung von Fakten über Verbrechen des Regimes Poroschenko seit den ersten Tagen des Konflikts aufgenommen und entsprechende Anzeigen wurden an internationale Menschenrechtsinstanzen übergeben. Wir haben sehr viel Material der Anklage. Tausende von Fällen der Verletzung der Menschenrechte und von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Hunderte von Paragraphen des Strafrechtsbuchs der Ukraine. Ich fürchte, dass wir physisch nicht alle gesammelten Materialien behandeln können, aber selbst das, was wir planen zu tun, wird eine Grundlage für eine objektive und gesetzliche Anklage im Rahmen des ukrainischen und internationalen Rechts ergeben. Natürlich wird es unter den derzeitigen Realitäten nicht gelingen, ein Urteil zu fällen und es zur Vollstreckung zu bringen. Aber alle Materialien der Sitzungen des Tribunals werden nach der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen durch die Ukraine an offizielle Gerichtsorgane der Ukraine übergeben werden. Eine Verurteilung und Verkündung des Strafmaßes wird durch ein ukrainisches Gericht erfolgen, entsprechend der ukrainischen Gesetzgebung. Poroschenko, Turtschinow, Parubij, Grojsman, Poltorak, Mushenko und Jazenjuk wird es nicht gelingen, ihrer Verantwortung zu entgehen. Wir müssen

nur erreichen, dass in Kiew normale Menschen an die Regierung kommen.

de.sputniknews.com: Experte: Damaskus bereit zu Antwort auf US-Schlag.

Der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman al-Saud kam am 20. März zu einem offiziellen Besuch nach Washington und traf sich im Weißen Haus mit US-Präsident Donald Trump. Der Leiter des Media Focal Center in Beirut, Salem Zahran, sagte gegenüber Sputnik, dass Damaskus zwei mögliche Angriffsszenarien erwarte.

Nach seinen Worten hatte er sich vor kurzem in Damaskus mit mehreren syrischen Beamten getroffen und kann behaupten, dass sich die Syrer auf eine mögliche Aggression gefasst machen. „Die einfachen Menschen in Damaskus achten nicht auf die zahlreichen Drohungen seitens der USA – das Leben geht weiter. Aber auf offizieller Ebene behalten Beamte und Militärs zwei mögliche Varianten von Angriffen gegen Syrien im Auge. Erstens könnte das ein starker Raketenschlag nach dem Treffen des saudischen Kronprinzen und des US-Präsidenten sein. Denn nach dem vorigen Treffen dieser Art wurde ein Schlag gegen den Fliegerstützpunkt Schairat versetzt.“

Im März 2017 hatten sich Trump und Mohammed bin Salman getroffen, und der Angriff auf Schairat erfolgte Anfang April. In diesem Fall würden die Truppen von Präsident Baschar al-Assad ihren Gegenschlag nicht gegen den in Russland verbotenen so genannten „Islamischen Staat“ oder die al-Nusra-Front richten, sondern gegen die US-Stützpunkte auf syrischem Territorium.

„Zweitens erwartet die syrische Führung eine Intensivierung des Psycho- und Informationskriegs gegen Syrien, womit man versucht, sie einzuschüchtern“, fuhr Zahran fort. „Das Erscheinen Baschar al-Assads in Ost-Ghouta war ein Präventionsschlag gegen eine solche Attacke.“

Was die mögliche Aggression seitens Israels angeht, so sagte der Experte:

„Israel könnte sich unter drei Bedingungen an dem Krieg beteiligen: Die USA würden an der Spitze dieser Militärkampagne stehen; andere Nato-Länder würden daran teilnehmen; einige arabische Länder würden diese Aggression offiziell unterstützen. Ich denke aber nicht, dass Israel den Krieg selbstständig beginnen würde.“

Zum Schluss verwies Zahran auf die wichtige Rolle Moskaus im erfolgreichen Widerstand gegen die US-Aggression: „Russland schreibt gerade Geschichte und gleicht die Situation in der internationalen politischen Arena aus. Die amerikanische Unipolarität wird allmählich Vergangenheit.“



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32000/64/320006461.jpg>

Dan-news.info: Kommentar von Jelena Grudinina, Verteidigerin im Ukrainischen

Volkstribunal zur Untersuchung von Kriegsverbrechen des Regimes Poroschenko gegen Bürger der Ukraine:

Material der Anklage gibt es tatsächlich sehr viel und eine Verteidigung aufzubauen ist sehr schwierig. Dennoch werden wir im Rahmen der ukrainischen Gesetzgebung agieren. Es wird keine lautstarken Beschuldigungen und Vergeltung an nicht genehmen Personen geben. Das ukrainische Volkstribunal zur Untersuchung von Kriegsverbrechen des Regimes Poroschenko gegen Bürger der Ukraine wurde geschaffen, um Prozesse und Handlungen konkreter Personen zu beurteilen. Gerade die Kiewer Regierung praktiziert eine Manipulation von Gerichtsprozessen – lässt Verbrecher frei, unterdrückt Andersdenkende. In unserem Fall wird alles anders sein. Es wird keine einzige Beschuldigung geben, die nicht durch hundertprozentige Fakten untermauert ist, und es ist meine Aufgabe dies zu verfolgen.

de.sputniknews.com: Peking mit eiserner Stirn: „Keine Angst vor Handelskrieg mit USA“. Peking will an keinen Handelskriegen teilnehmen, wird aber keine Panik bekommen, sollte es in einen solchen Krieg verwickelt werden. Das sagte die amtliche Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, Hua Chunying, am Mittwoch bei einem Briefing in der chinesischen Hauptstadt.

„China will an keinen Handelskriegen teilnehmen. Wenn aber jemand uns zur Teilnahme an einem solchen Krieg zwingen sollte, werden wir keinen Schreck bekommen und uns nicht verstecken. Und sollten die USA Handlungen unternehmen, die unseren Interessen schaden würden, würden wir unbedingt entschiedene Antwortmaßnahmen treffen, um unsere legitimen Rechte und Interessen vollständig zu schützen“, betonte die Außenamtssprecherin. Die beiden Länder „müssen ihre Märkte füreinander öffnen und die Zusammenarbeit erweitern, anstatt Handelskriege zu führen oder jemanden dazu zu zwingen, etwas zu verkaufen oder zu kaufen“, so Hua.

US-Präsident Donald Trump hatte im März Importsteuern von 25 Prozent auf Stahl und von zehn Prozent auf Aluminium angeordnet. Diese Entscheidung hat heftige Kritik und Befürchtungen vonseiten der Europäischen Union, Kanadas, Chinas und auch innerhalb der USA selbst ausgelöst — wegen des möglichen Ausbruchs eines Handelskrieges.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31887/55/318875533.jpg>

Dan-news.info: Kommentar von Irina Schewtschenko, der ältesten Beisitzerin des Ukrainischen Volkstribunals zur Untersuchung von Kriegsverbrechen des Regimes Poroschenko gegen Bürger der Ukraine:

Alle Beisitzer und die Initiativgruppe, die die Schaffung des Ukrainischen Volkstribunals initiiert haben, sind Bürger der Ukraine. Wir handeln ausschließlich im ukrainischen Rechtsraum. Ja, wir sind dagegen, dass Poroschenko, Poltorak, Mushenko, Turtschinow,

Parubij, Grojsman, Awakow und Jazenjuk unsere gesetzlichen Rechte verletzen, damit der Donbass ungestraft beschossen werden kann und in der gesamten Ukraine Andersdenkende unterdrückt werden. Als sozial verantwortliche Bürger haben wir nicht vor, mit untätigen Händen dazusitzen. Als Beisitzer bemühen wir uns, bei der Fassung von Entscheidungen maximale Objektivität zu zeigen.

Und wenn in Kiew normale Menschen an die Regierung kommen, nach der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen durch Kiew, wird das Tribunal dem Obersten Gerichtshof der Ukraine alle Materialien für ein offizielles Urteil auf Grundlage unseres vorläufigen gesellschaftlichen Urteils fällen, das auf dem gültigen Strafrechtsbuch der Ukraine basiert.

de.sputniknews.com: „Neuling der britischen Diplomatie“: Sacharowa spottet über Boris Johnson.

Die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat einen aktuellen Artikel des britischen Außenministers Boris Johnson kommentiert, in dem er die Präsidentschaftswahlen in Russland und die Vergiftung des russischen Ex-Doppelagenten Sergej Skripal miteinander verbunden hat.

„Wozu braucht man eine neue Portion von Fake-News und Angriffen, aufgeführt von einem ‚Nowitschok‘ (zu Dt. ‚Neuling‘; Anspielung auf das Nervengift A234 – Anm. d. Red.) der britischen Diplomatie?“, schrieb Sacharowa auf Facebook.

„Die Antwort ist offensichtlich – Tatsachen fehlen, und (...) Boris Johnson versucht, die Ehre von Theresa May zu retten, die eine Strafe gegen das Land in Form von Ausweisung russischer Diplomaten verhängt hatte, und das nicht einmal vor dem Abschluss der Ermittlungen, sondern eigentlich noch vor deren Beginn.“

Sie vermutet, dass sich Johnson auf diese Weise ein „Motiv“ für Russland habe ausdenken wollen.

„Ein Motiv hatten Großbritannien und Nato-Verbündete. Aber Russland hatte kein Motiv. Es gab keines, also muss man eines erfinden“, fügte sie hinzu.

Die Sprecherin betonte zudem, dass Johnson mit seinem Artikel versuche, mit einer ständigen Hupe den aus Moskau ertönenden Aufruf, alle Daten zum Fall Skripal für gemeinsame Ermittlungen vorzulegen, zu dämmen. Der Artikel des britischen Chefdiplomaten und Unverschämtheiten seien für die regierende Elite in Großbritannien wie die Luft zum Atmen, so Sacharowa.

„Scotland Yard hat eben angekündigt, dass die Ermittlungen viele Monate in Anspruch nehmen würden. Viele Monate – genau so, wortwörtlich. Also auf welcher Basis hat Theresa May dann ihre Schlussfolgerung über die Beteiligung Russlands gezogen, wenn die Ermittlungen noch Monate dauern sollen?“, fuhr die Sprecherin fort.

„Heute ist auch die Meinung der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) veröffentlicht worden: Die Analyse des Stoffes (allein die Analyse) werde mindestens drei Wochen dauern. Komisch, aber die britische Regierung brauchte, laut der ersten Reaktion, nur ein paar Stunden dafür.“

Die Informationsangriffe aus London seien durchaus erklärbar, fügte sie hinzu. „Sie haben sich verspielt, in Lügen verstrickt und sind reingefallen.“

Die Beziehungen zwischen Russland und Großbritannien haben sich vor dem Hintergrund des Vorfalls im britischen Salisbury verschlechtert, wo der ehemalige GRU-Offizier Sergej Skripal und seine Tochter Julia bewusstlos aufgefunden und mit Anzeichen einer Vergiftung in ein Krankenhaus gebracht wurden, wo beide ins Koma fielen. Die britischen Behörden behaupten, dass hinter der Vergiftung mit dem Nervengift A234 Russland stehe. Moskau weist diese Anschuldigungen entschieden zurück.

Premierministerin Theresa May kündigte eine Reihe von Strafmaßnahmen gegen Russland an, darunter die Ausweisung von 23 Diplomaten und das Einfrieren der bilateralen Kontakte auf höchster Ebene.

Moskau ergriff entsprechende Gegenmaßnahmen und wies ebenso viele britische Diplomaten aus. Darüber hinaus sollen das britische Generalkonsulat in St. Petersburg geschlossen und die Arbeit des British Council in Russland eingestellt werden.

[Ukrinform.ua: Politische Häftlinge Senzow und Koltschenko können auf Begnadigung hoffen.](#)

Der russische Präsident Wladimir Putin hat sein Präsidialamt beauftragt, sich mit der Begnadigungs-Liste von Xenia Sobtschak zu beschäftigen.

Das teilte Putins Sprecher, Dmitri Peskow, am Mittwoch mit, berichtet die russische Nachrichtenagentur Interfax. Mehr könne Peskow nicht sagen.

Die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Sobtschak hatte Putin die Liste mit 16 politischen Häftlingen für die Begnadigung überreicht. Auf der Liste sind Ukrainer Oleg Senzow und Alexander Koltschenko.

Der ukrainische Filmregisseur Oleg Senzow wurde in Russland in einem international kritisierten Prozess zu 20 Jahren Straflager verurteilt. Ihm und dem anderen verurteilten Aktivist Alexander Koltschenko wurde vorgeworfen, Terroranschläge nach der Annexion der Krim im Frühling 2014 vorbereitet zu haben.

Das Außenministerium der Ukraine forderte heute in einer diplomatischen Note von Russland Zugang zu Oleg Senzow wegen der Verschlechterung seiner Gesundheit.

[de.sputniknews.com: Russlands ABC-Abwehrchef: Großbritannien bastelt an neuartigen C-Waffen.](#)

Großbritannien war und ist einer der Staaten, die seit den 1970er Jahren an neuartigen Chemiewaffen basteln. Dies teilte der Kommandeur der russischen ABC-Abwehrtruppen, Generalmajor Igor Kirillow, am Mittwoch bei einem Briefing im russischen Außenministerium mit.

Programme zur Entwicklung einer neuen Generation von Giftstoffen würden schon seit den 1970er Jahren in Westeuropa durchgeführt, so Kirillow. Großbritannien zähle zu jenen Staaten, die dieses Programm umsetzen, und habe enorme Erfahrung und Kenntnisse in der Entwicklung solcher Stoffe.

Wie Kirillow ferner betonte, befasst sich das Zentrum der britischen Chemie- und Biowaffenforschung „Porton Down“ mit der Entwicklung und Untersuchung von Giftstoffen und befindet sich „durch einen glücklichen Zufall“ in der Nähe von Salisbury.

"Angesichts der neuesten Nachrichten über die Zuteilung von rund 50 Millionen Pfund Sterling durch die britische Regierung an dieses Labor, wollen die Wissenschaftler vom ‚Porton Down‘, denselben ‚Nowitschok‘ (dt: Neuling), den sie ausposaunen, vernichten?", fragte Kirillow beim Briefing zum Fall des vergifteten Sergej Skripal, Ex-Oberst des russischen Auslandsgeheimdienstes GRU.

Am 4. März wurden der 66-jährige Skripal und seine Tochter Julia in der britischen Stadt Salisbury bewusstlos aufgefunden und mit Anzeichen einer Vergiftung in ein Krankenhaus gebracht, wo beide ins Koma fielen. Medienberichten zufolge sollen 21 Personen in Mitleidenschaft gezogen worden sein, darunter auch ein Polizist.

Die britischen Behörden vermuten einen Anschlag mit dem Nervengift A234, auch bekannt als „Nowitschok“.

Die genauen Umstände sind noch unklar. Doch Premierministerin Theresa May erklärte, dass hinter dem mutmaßlichen Giftanschlag „höchstwahrscheinlich“ Russland stecke. Moskau weist den Vorwurf zurück. Bereits zuvor hatten Medien berichtet, dass May Russland die Schuld in die Schuhe schieben wolle.

Russland erklärte sich bereit, sich an den Ermittlungen zur Causa Skripal zu beteiligen. London verweigert Moskau allerdings ohne Angabe von Gründen den Zugang zu Ermittlungsmaterialien und verstößt dadurch nach russischen Angaben gegen die



Chemiewaffenkonvention.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32000/87/320008735.jpg>

### Abends:

Lug-info.com: „Das Staatssicherheitsministerium der LVR verfügt über zuverlässige Informationen über die **Ausbildung von Diversionsgruppen der ukrainischen Streitkräfte durch Instrukteure der US-Streitkräfte**, die im Internationalen Zentrums für Friedenspolitik und Sicherheit auf dem Jaworowskij-Truppenübungsplatz im Oblast Lwow eingetroffen sind“, teilte das MfS der LVR mit.

Nach Angaben des MfS der LVR sind **am 18. Februar sechs Instrukteure aus der BRD eingetroffen. Zusammen mit ihnen wurde eine Ladung mit Waffen ausländischer Herkunft und Spezialausrüstung geliefert.**

„Die amerikanischen Instrukteure wurden zum Jaworowskij-Truppenübungsplatz gebracht, wo

vier Diversionsgruppen zur Ausbildung sind, die in den Donbass geschickt werden“, erläuterte das MfS.

Außerdem wurden dem MfS der LVR bekannt, dass der **Militärattaché der britischen Botschaft in der Ukraine** Oberst David Warner eine **Inspektionsreise in Einheiten der ukrainischen Streitkräfte** unternommen hat, die in der „ATO“-Zone stationiert sind und die früher von britischen und kanadischen Instrukteuren für die Durchführung von Diversionsoperationen auf dem Territorium der Republik ausgebildet worden waren.

„Während des Besuchs hat der Ausländer die 25. und 54. mechanisierte Brigade inspiziert, die in Richtung Debalzewo im Rahmen der operativ-taktischen Gruppe „Lugansk“ aktiv sind“, fügte das MfS hinzu. „Zum Sachverhalt der Unterstützung der ukrainischen Strafsoldaten wird gegen den Bürger Großbritanniens David Warner eine Strafverfahren aufgenommen“.

Lug-info.com: Der Ministerrat der LVR hat mit einem Erlass drei Schulen von Krasnodon nach Helden des antifaschistischen Jugendwiderstands der Komsomolorganisation „Junge Garde“ bekannt. Dies teilte die Verwaltung von Krasnodon und des Krasnodon-Bezirks mit.

„Am 20. März wurde auf der Sitzung der Ministerrats der LVR ein Erlass „Über die Umbenennung von staatlichen Bildungseinrichtungen der Stadt Krasnodon und des Bezirks Krasnodon der LVR“, gemäß dem drei Schulen die Namen von Helden der Jungen Garde erhalten werden“, heißt es in der Mitteilung.

„Gemäß dem Erlass wird die Krasnodoner Mittelschule Nr. 4 den Namen des Helden der

Sowjetunion Sergej Tjlenin tragen, die Krasnodoner Mittelschule Nr. 6 den der Heldin der Sowjetunion Uljana Gromowa und die Krasnodoner Mittelschule Nr. 24 den des Helden der Sowjetunion Iwan Turkenitsch“, erläuterte die Stadtverwaltung.

Die Leiterin der Abteilung für Bildung Jelena Tschgridowa unterstrich, dass dies ein wichtiger Schritt bei der patriotischen Erziehung der heranwachsenden Generation ist.

„Früher kannte jeder Schüler die Namen der heldenhaften Pioniere, der Junggardisten. Unsere ganz jungen Landsleute kämpften gegen die Faschisten und starben für ihre Heimat und unsere Aufgabe ist, diese selbstlose Heldentat nicht zu vergessen. Die heutigen Kinder müssen wissen, dass sie die Nachfahren derer sind, die zum Preis ihres eigenen Lebens den großen Sieg näher brachten“, meint sie.

„Ich bin überzeugt, dass die Realisierung dieses Projekts nicht auf die Benennung der Schulen nach Junggardisten beschränkt bleibt. Wir – Lehrer und die ältere Generation – tun und werden alles tun, damit die Namen der Mitglieder der „Jungen Garde“ und ihre Heldentaten nicht vergessen werden. Und das ist wichtig bei der patriotischen Erziehung der heranwachsenden Generation“, fügte Tschgridowa hinzu.

Die „Junge Garde“ war eine antifaschistische Untergrundorganisation des Komsomol, die in den Jahren der Großen Vaterländischen Krieges aktiv war (von September 1942 bis Januar 1943), hauptsächlich in der Stadt Krasnodon, im Oblast Woroschilowgrad der Ukrainischen SSR. Die Organisation wurde bald nach der Besetzung Krasnodons durch die faschistischen deutschen Besatzer gegründet. Die „Junge Garde“ zählte etwa 110 Mitglieder, Jungen und Mädchen. Das jüngste Mitglied des Untergrunds war 14 Jahre alt.

Unter Nutzung von Informanten kamen die Deutschen den jungen Partisanen auf die Spur und im Januar 1943 begannen Massenfestnahmen von Mitgliedern der Organisation. Am 15., 16. und 31. Januar 1943 richteten die deutschen Besatzer mehr als 70 Untergrundkämpfer hin, ein Teil von ihnen wurde nach schwerer Folter lebend in einen 58 Meter tiefen Schacht des Krasnodoner Bergwerks Nr. 5 geworden. Am 9. Februar 1943 wurden im Wald in Rowenki die Untergrundkämpfer Oleg Koschewoj, Ljubow Schewzowa, Semjon Ostapenko, Dmitrij Ogurzew, Wiktor Subbotin erschossen, weitere vier Menschen wurden in anderen Bezirken erschossen. Alle Junggardisten wurden vor dem Tod schwer gefoltert und misshandelt. Durch einen Erlass des Präsidiums der Obersten Sowjets der UdSSR vom 13. September 1943 wurden die Junggardisten Uljana Gromowa, Iwan Semnuchow, Oleg Koschewoj, Sergej Tjlenin, Ljubow Schewzowa postum zu Helden der Sowjetunion ernannt. Am 5. Mai 1990 wurde auch der Kommandeur der Untergrundorganisation Iwan Turkenitsch postum zum Helden der Sowjetunion ernannt.

Novorosinform.org: Am Abend des 21. März eröffneten die ukrainischen Streitkräfte das Feuer auf den Süden der DVR, berichtet die Vertretung der Republik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination.

Nach deren Angaben gerieten **Lebedinskoje** und **Sachanka** unter das Feuer der Besatzer. Von den ukrainischen Positionen wurden 10 Mördergeschosse der Kaliber 120 bzw. 82 mm sowie auch einige Granaten abgefeuert.